

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 152 (1986)

Heft: 7-8

Rubrik: Kritik und Anregung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kritik und Anregung

Ein Modellfall:

Der Amtseid und die Initiative «Schweiz ohne Armee»

Es scheint Eidgenossen in Amt und Würde zu geben, die trotz Vereidigung auf Verfassung von Bund und Kanton die Tragweite eines abgelegten Amtseides mitunter verkennen. Der Sinn für die durch den Amtseid gesetzten Grenzen ihrer amtlichen Tätigkeit im freiheitlichen Rechtsstaat ist ihnen offensichtlich grundsätzlich abhanden gekommen. Im Gegenteil: Kraft ihres Amtes wagen sie es, Ordnung und Fundamente unseres Rechtsstaates aus subjektivem Trotz gegen ihn aktiv wie passiv zu unterwandern. Durch ihre Unterzeichnung der Initiative «Schweiz ohne Armee» verleihen sie der Initiative als Amtsperson sogar amtlichen Vorspann, mit dem Ziel, einen Nachahmungseffekt auszulösen.

Man stelle sich folgenden konkreten Fall vor: Ein Grossratspräsident, Kantonsrat und Gemeindeammann, durch den Amtseid in Amt und Pflicht genommen, ergeifte ungeachtet seiner Amtsbefugnisse gleich auch noch die Initiative «Schweiz ohne Armee» durch persönliche Unterschrift.

Sollte wohl ein derartiges Vorgehen als amtlicher «Startschub» für die erwähnte Initiative dienen, Amtseid auf Bund und Kanton hin oder her? Würde damit nicht eine fatale Umwertung des abgelegten Amtseides vom altherwürdigen amtlichen Eid zum amtlichen «Meineid» vollzogen und käme dies nicht einem Amtsmissbrauch gleich?

Bedeutet die Initiative «Schweiz ohne Armee» nicht viel mehr nur einen jener ideologischen Schritte auf dem Wege zur Umwertung aller Werte bis hin zur Unordnung, die allen schadet, auch denjenigen, die diese Unordnung herbeireden und herbeischreiben, weil sie die Konsequenzen ihrer Utopie nicht erkennen wollen.

Mit der Respektierung des Amtseides auf Bund und Kantone sind dem Amtsinhaber Grenzen gesetzt, und damit ist unser Land immer noch ein Land der **Eid-Genossen** und nicht ein solches der **Meineid-Genossen** männlichen oder weiblichen Geschlechts. Was Horaz einst (sat. 1, 1, 106) treffend gesagt hat, gilt wohl heute noch: Est modus in rebus, sunt certi denique fines: Mass ist allem bestimmt und eigene scharfe Begrenzung.

So wie der Bürger seine innere und seine äussere Abwehrbereitschaft gegenüber krankmachenden Einflüssen notwendig zur Gesunderhaltung seiner Person braucht,

bedarf auch der freiheitliche Rechtsstaat Schweiz als Vielzahl von Staatsbürgern der wehrhaften und abwehrbereiten Armee, um nicht im Zustand staatlicher Abwehrschwäche oder der staatlichen Aids-Krankheit an allgemeinem Abwehr- und Kräftezerfall zu verkommen.

Die Armee der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist nun einmal **integrierender Bestandteil des vitalen Realismus** eines freiheitlichen Rechtsstaates und nicht eine Einrichtung, die untauglicher **Sterbehilfe** bedarf. Sie gehört zum helvetischen Seelenhaushalt, in welchem die gewachsene Geschichte und die gewordene Natur mit ihren Bergen und Talschaften noch ihren Platz haben und der sich weder wegreden noch wegschreiben oder im Interesse fremder Ideologien abschaffen lässt.

Oblt H. Hilty, Arzt, Glattbrugg

Betr.: «Warum immer gleich die Apokalypse?» ASMZ Nr. 6/1986

Sehr geehrter Autor, Sie wenden sich in Ihrem Artikel «Warum immer gleich die Apokalypse?» gegen die Schwarzweissmalerei radikaler Minderheiten. Sie werden also sicher einverstanden sein, wenn ich Sie darauf aufmerksam mache, wo Ihre Darstellung unkorrekt ist und einen ebensolchen Schwarzweissanstrich bekommt.

Die genannte «Internationale Ärztevereinigung zur Verhinderung des Atomkriegs» (IPPNW) umfasst derzeit weltweit 150 000 Mitglieder in 41 Ländern. Sie genießt den Status einer «Non Governmental Organisation» bei der UNO, und die offiziellen medizinischen Gesellschaften einiger Länder sowie führende Fachzeitschriften stellen sich voll hinter ihre Ziele. Eine radikale Minderheit?

1985 wurde ihr der Friedensnobelpreis verliehen für ihre Anstrengungen, die Gefahr eines Atomkriegs zu bekämpfen, indem sie aus medizinischer Sicht wissenschaftlich über die Auswirkungen eines Einsatzes von Atomwaffen informiert, unabhängig von ideologischen, parteipolitischen oder andern weltanschaulichen Haltungen ihrer Mitglieder in den drei Welten. Die jüngste Entwicklung verdeutlicht immer mehr die Richtigkeit des IPPNW-Standpunkts: Die atomare Hochrüstung rechtfertigt sich heute weder auf militärischer noch auf politischer Ebene. Dazu zitiere ich Herrn Div F. Seethaler: «Können unter diesen Umständen und aufgrund der gemachten Erfahrungen im eigenen Land die Sowjets ihre Doktrin der atomaren Kriegführung aufrechterhalten? Zeigt sich nicht, dass auch die nukleare Abschreckung der NATO zwar wirkungsvoll kriegsverhindernd ist und es auch in Zukunft sein könnte, aber dennoch vor der Weltöffentlichkeit als auf die Dauer nicht akzeptabel erscheinen muss?

Zwar ist die heutige facettenhaft aufgeklärte Atomstrategie durch den KKW-Unfall nicht umgestossen worden. Dennoch hat sich der Charakter der Nuklearwaffen bestätigt, ja erhärtet: Sie sind für die Praxis kaum tauglich und spielen ihre Rolle in erster Linie als Drohwaffen, als politische Waffen. Immerhin wäre als direkte Folge denkbar, dass die Rüstungskontroll- und -reduktionsverhandlungen einen Impuls

von einer Seite erfahren könnten, von der er bisher nicht ernsthaft erwartet wurde.» (ASMZ Nr. 6/1986) Anzufügen bleibt, dass die Rüstungsreduktion deshalb dringend nötig ist, weil die unbeabsichtigte Auslösung eines atomaren Angriffs um so wahrscheinlicher ist, je grösser das Arsenal einsatzbereiter Atomwaffen bleibt und weil gerade wieder Tschernobyl gezeigt hat, wie wenig auf die Sicherheit von Kontrollinstanzen Verlass ist.

Die IPPNW wurde 1980 als Zwillingorganisation der bereits 20 Jahre älteren Ärzteorganisation PSR (Physicians for Social Responsibility) gegründet, welche ebenfalls eine politisch und konfessionell unabhängige Vereinigung ist mit dem Zweck, auf wissenschaftlicher Basis über die Gefahren der zivilen und militärischen Nutzung der Nukleartechnologie aufzuklären. Die PSR Schweiz besteht seit 1982 und zählt heute rund 700 Mitglieder. In einem Seminar zum Thema «Zivilschutz» hat die PSR Schweiz im November 1984 klar differenziert zwischen der Bedeutung des Zivilschutzes in atomaren und anderen Kriegsszenarien: Während die PSR grundsätzlich das Gesamtverteidigungskonzept nicht in Frage stellt und sich nicht gegen Verteidigungs- und Schutzanstrengungen wendet, die sich gegen konventionelle Kriegereignisse richten, informiert sie über die erschreckend geringe Wirksamkeit dieser Massnahmen bei atomaren Kriegereignissen und atomaren Zivilkatastrophen: In diesen Fällen sind unsere Schutzmassnahmen – besonders hinsichtlich der langfristigen medizinischen und ökologischen Schäden – untaugliche präventive Mittel und vermitteln eine gefährliche Illusion von Sicherheit. Auch diese Aussage hat sich bei den jüngsten Ereignissen um Tschernobyl leider bewahrheitet. Dazu nochmals Div Seethaler: «Schon bei einer verhältnismässig geringfügigen Verstrahlung der Atmosphäre zeigen sich unvorhersehbare Folgen in einem weiten geographischen Umfeld. Die radioaktive Verstrahlung bei einem Nuklearwaffeneinsatz, auch wenn dieser (nur) mit Luftsprengpunkten erfolgen würde, müsste als erheblich höher als beim geübten GAU veranschlagt werden.»

Über die Auswirkungen verschiedener Szenarien eines Nuklearkriegs auf die Schweiz gibt die von der PSR 1984 herausgegebene Arbeit von DIN und DIEZI «Nuclear War Effects in Switzerland» Auskunft. Sie gibt auch sehr interessante Hinweise zur sicherheitspolitischen Bedeutung der Kernkraftwerke.

Es dürfte deutlich geworden sein, dass sich die PSR Schweiz gleichermassen für die Prävention kriegerischer und ziviler nuklearer Katastrophen einsetzt und illusionäre Schutzvorstellungen in diesem Zusammenhang entlarvt, nicht aber den Zivilschutz generell kritisiert. Wenn PSR-Mitglieder «sich auch durch Zivilschutzverweigerung bemerkbar machen», so tun sie das aus persönlicher Überzeugung und nicht im Namen der PSR. Es ist ihnen ebenso unbenommen wie der Grosszahl der PSR-Mitglieder ihre Integration in den Koordinierten Sanitätsdienst als Sanitätsoffiziere und Zivilschutzärzte.

«Das sind die Fakten. Sie zur Kenntnis zu nehmen, bleibt eine Frage der intellektuellen Redlichkeit.»

Major S. Wiener-Barraud, Arzt, Stäfa

Bemerkungen zum Brief von Major Samuel Wiener-Barraud

Zu den Ausführungen von Major S. Wiener-Barraud halten wir folgendes fest:

1. Wir haben gerne zur Kenntnis genommen, dass die PSR Schweiz das schweizerische Gesamtverteidigungskonzept grundsätzlich nicht in Frage stellt und sich nicht gegen Verteidigungs- und Schutzanstrengungen wendet, die sich gegen konventionelle Kriegereignisse richten.

2. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die von uns zitierten, unter Geltendmachung ihrer Zugehörigkeit zur PSR auftretenden Friedensärzte nur ihre persönliche Überzeugung und nicht die Auffassung der PSR Schweiz vertreten haben.

3. Wir verweisen darauf und halten fest, dass unsere Schutzmassnahmen anstreben, die Auswirkungen bewaffneter Konflikte zu verhindern oder mindestens zu mildern. Nicht mehr und nicht weniger. Das aber kann mit unseren Schutzmassnahmen getan werden, handle es sich um konventionelle oder atomare Ereignisse.

Bundesamt für Zivilschutz

Unsere Meinung

Da wir von Major Wiener zitiert werden, halten wir – um Missverständnissen vorzubeugen – fest:

Die Kritik an der «Abschreckung» macht deutlich, dass die Mitglieder der internationalen Ärztevereinigung die Strategie des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses nicht begriffen haben oder verstehen wollen. Denn wo kein Aggressor vorhanden ist, braucht es auch keine Abschreckung. Die nukleare Option ist die letzte Umdrehung in der Eskalationsspirale. Der potentielle Angreifer muss wissen, dass der von ihm Angegriffene bereit ist, im Notfall und wenn alle anderen Mittel versagen sollten, zum Äus-

sersten zu gehen. Ohne das beim Angreifer erzeugte unkalkulierbare Risiko und die Bereitschaft des Verteidigers zur Erstverwendung würde die Abschreckung unglaubwürdig und damit wertlos. Abschreckung bewirkt also Kriegsverhinderung.

Der Kongress der IPPNW hat kürzlich die Abschreckung als «unmoralisch» verurteilt. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf an die NATO-Nationen. Andererseits wurde unterlassen, die relative nukleare Überlegenheit der Sowjets, die diese während der «Jahre der Entspannung» aufgebaut haben (ICBM, INF, nukleare Gefechtsfeldwaffen), kritisch zu erwähnen. Da müssen sich die engagierten Ärzte den Vorwurf der einseitigen Parteinahme gefallen lassen. Daran ändert nichts, dass wir bereit sind anzunehmen, dass zahlreiche Ärzte bis heute aus guten Treuen an der IPPNW mitgewirkt haben. Um so bedauerlicher ist, wenn eidgenössische Politiker/innen und Medien unseres neutralen Landes offen oder verdeckt für die fragwürdige Politik dieser Ärztevereinigung eintreten. fas

Sempach 1386/1986

Auf Seite 330 der ASMZ Nr. 6, 1986 weist Oberst Schaufelberger im Schlussabschnitt auf die Pflicht hin, das Erbe der Vergangenheit, auch der kriegerischen, als geistige Grundlage unseres Selbstbehauptungswillens zu bewahren.

Ich erlaube mir, Ihnen einige Unterlagen zuzustellen, aus denen hervorgeht, wie eine öffentliche Schule dieser Pflicht nachgekommen ist. Die Anregung zum Gedenkmarsch ging von unserem Schulabwart aus, Uem-Sdt Josef Küng (ehemals Stabskp Genie Bat 6 und wehrsportlich tätig). Die Sache wurde denn auch sportlich aufgezogen. Doch fehlte auch die geistige Vorbereitung nicht. Ich hatte Gelegenheit, vor sämtlichen

Datum: 16.6.1986 (evtl. 17. oder 19.6.)

Route: Kilchberg - Knonau - Sins - Abtwil - Hochdorf - Hildisrieden - Sempach

Programm: Kirche Kilchberg 04.30 Uhr: Abmarsch für Unentwegte (46 km)
Bahnhof Kilchberg 07.52 Uhr: Abfahrt für übrige Teilnehmer
Bahnhof Sins an 09.11 Uhr: Wanderung nach Sempach, Ankunft in Sempach 14.00 bis 15.00 Uhr, anschliessend Verpflegung: Sempacherwurst (200 g), Brot, Getränke
Gemeinsame Besinnung auf dem Schlachtfeld
Gesang, evtl. Spiele
Sempach ab: 17.33 Uhr, Luzern an: 17.52, ab 18.07, Kilchberg an: 18.48 (Sonderhalt)

Weitere Informationen: Telefon 715 51 51 (J. Küng, W. Thöny, A. Fischli)

Kilchberg, im Juni 1986

Oberstufe Kilchberg
Brunnenmoos A

Klassen die Bedeutung der Schlacht darzulegen, vor dem Marsch mit «Merkblatt» und in der Schlachtkapelle.

Wir Lehrer waren uns bewusst, dass bei einem Unfall gewisse Medien über uns herfallen würden. Daher wurde der Marsch besonders sorgfältig vorbereitet (Trainingsmarsch, zwei Samariterposten in Sins und Hochdorf, zwei Patrouillenfahrzeuge, Funkverbindungen). Alle Schüler und Lehrer, darunter zwei Pfarrherren, haben das Ziel erreicht, und der Stolz auf die erbrachte Leistung war nicht zu übersehen. Dass am Schluss allgemeine Fröhlichkeit herrschte, war sicher kein schlechtes Zeichen. Wir werden über den Gedenkmarsch in der Lokalpresse berichten.

Hptm Paul Waldburger, 19,
ehemals Kdt Geb. S Kp I/6, 8802 Kilchberg
Wir gratulieren zur guten Idee und zur erfolgreichen Durchführung! (Red.). ■

**Unsere Spezialität:
Vermögensverwaltung –
persönlich,
leistungsbezogen,
integral.**

**Unsere Anlagepolitik:
Traditionell schweizerisch –
weltweit orientiert.**

BANK VONTOBEL
Zürich

Bahnhofstrasse 3 · CH-8022 Zürich
Tel. Bank: 01/488 71 11 · Tel. Börse: 01/211 82 70
Telegramm: CAPBANK · Telex: 812306



Über Autokrane spricht man
am besten mit uns:



KRAN MOSER AG
8902 Urdorf/ZH ☎ 01 734 48 44
5043 Holziken/AG, J. E. Post ☎ 064 81 27 44
1030 Villars-St.-Croix/VD ☎ 021 34 88 85

